

Mainz, 04.06.2018

Antrag **1068/2018 zur Sitzung Stadtrat am 13.06.2018**

Zukunft des Fahrradverkehrs in Mainz (ÖDP)

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Die Verwaltung wird gebeten, dass zur Zukunft des Fahrradverkehrs in Mainz (Themenschwerpunkte wären z.B. Radwegebenutzungspflicht, Radfahren gegen die Einbahnstraße, Radwegebau, Schutzstreifen) ein Symposium mit „Best-Practice-Beispielen“ für Ratsmitglieder, Verwaltung und interessierte Bürgerschaft durchgeführt wird.
2. Danach werden die Ergebnisse in den städtischen Gremien diskutiert und konkrete neue Leitlinien für die Zukunft des Fahrradverkehrs in Mainz erstellt. Diese sollen dann im Stadtrat beschlossen werden.
3. Gleichermaßen wird die Verwaltung gebeten, den Fraktionen alle Fördermöglichkeiten für den Bau von Radwegen darzulegen. Außerdem bitten wir die Verwaltung, alle bisherigen Zuschüsse für den Radwegebau in den letzten 10 Jahren den Fraktionen in einer Liste zur Verfügung zu stellen.

Begründung:

Die Aufhebung der Radwegebenutzungspflicht bzw. Sperrung von Radwegen im Mainzer Stadtgebiet hat zu einer umfassenden Diskussion über die Sicherheit der Radfahrerinnen und Radfahrer im Straßenverkehr gesorgt. Gerade die aktuelle Debatte am Beispiel der Goldgrube zeigt, dass alle politischen Strömungen mehr Radverkehr befürworten, aber der Weg dahin umstritten ist. Wir sind der Auffassung, dass in Bezug auf diese Fragestellung eine gründliche Diskussion in den kommunalen Gremien und der Bürgerschaft erforderlich ist. Brauchen wir mehr gesondert ausgebaute Radwege in Mainz oder will man lediglich mit dem Konzept der „Schutzstreifen“ ein Radwegenetz erstellen?

Dr. Claudius Moseler

Mainz, 13.06.2018

Antrag **1068/2018/1 zur Sitzung Stadtrat am 13.06.2018**

gem. Änderungsantrag zu: Zukunft des Fahrradverkehrs in Mainz (ÖDP) (SPD, B90/DIE GRÜNEN, FDP)

Punkt 1 wird wie nachfolgend ersetzt:

Die Verwaltung wird gebeten bzgl. verschiedener Radinfrastrukturregelungen (Aufhebung Radwegbenutzungspflicht, Radwege, Radfahrstreifen, Schutzstreifen, Fahrradstraßen, Freigabe von Einbahnstraßen gegen die Einbahnrichtung für Radfahrer etc.) folgenden Informationen erneut im Rahmen des Runden Tisches Radverkehr zu präsentieren:

- *Welche rechtlichen Hintergründe gibt es zu diesen Regelungen?*
- *Welche gesetzlichen Vorgaben, wann und wo bestimmte Regelungen bzw. Infrastrukturanlagen umgesetzt werden können?*
- *Welche Vor- und Nachteile haben bestimmte Regelungen/Infrastrukturanlagen*

Punkt 2 wird wie nachfolgend ersetzt:

Die Verwaltung wird gebeten, in Mainz ein sogenanntes „Bypad-Audit“ (Bicycle Policy Audit - dt. etwa: Radverkehrs-Politik-Überprüfung) zur Erarbeitung eines 20-Punkte-Plans zur Radverkehrsförderung durchzuführen, wie dies bereits die Städte Karlsruhe und Mannheim erfolgreich praktiziert haben. Dabei sollen Verwaltung, politische Vertreter und Verbände mitwirken. Unter Leitung eines externen Moderators sollen die zukünftigen Handlungsschwerpunkte herausgearbeitet werden.

Punkt 3 wird übernommen

Begründung

Im Bereich Radinfrastruktur und Radverkehrsregelungen gab es in den zurückliegenden Jahren viele rechtliche und fachliche Neuerungen, die vielen Bürgerinnen und Bürgern, aber auch Rats-

mitgliedern noch nicht bekannt sind. Dies führt in der öffentlichen Diskussion teilweise zu Missverständnissen und Vorschlägen, die nicht umsetzbar sind.

Eine generelle Festlegung auf eine bestimmte Art von Radverkehrsinfrastruktur und Radverkehrsregelung ist nicht möglich, denn nicht alle denkbaren Möglichkeiten sind immer umsetzbar, rechtlich möglich oder aus Gründen der Verkehrssicherheit sinnvoll.

Eine Best-Practice Veranstaltung eignet sich nicht, um daraus Leitlinien für die Mainzer Radverkehrsentwicklung abzuleiten. Hierfür bietet sich ein sogenanntes "Bypad-Audit" an. Dabei wird der Ist-Zustand individuell für jede Stadt erhoben und somit auch auf Mainz angepasst.

Alle Akteure bewerten unabhängig voneinander zahlreiche Aspekte der Radverkehrsförderung - mit fachlicher Unterstützung durch einen Externen. So kann Einvernehmen hergestellt, Kompromisse gefunden und eine breite, größere Akzeptanz bei allen Beteiligten erreicht werden.

Alexandra Gill-Gers (SPD-Stadtratsfraktion)
Sylvia Köbler-Gross (B90/DIE GRÜNEN im Stadtrat)
Walter Koppius (FDP-Stadtratsfraktion)